

Die E-Mail-Debatte

«Die Initiative ist vermutlich gut gemeint, aber total konfus»

Jacqueline Badran und Gregor Rutz sind sich einig: Die Service-public-Initiative ist klar abzulehnen. Bei Spielzeug in der Poststelle scheiden sich jedoch ihre Geister

Gregor Rutz

Liebe Frau Badran; die Diskussionen zur Initiative «Pro Service public» sind so verwirrend und konfus wie die Initiative selber. Linke Politiker sagen Nein, weil sie nicht wollen, dass der Service public eingeschränkt wird. Die Bürgerlichen lehnen die Initiative ab, weil sie keinen weiteren Ausbau des Service public wollen. Nationalrat, Ständerat und Bundesrat lehnen die Initiative durchwegs ab. Doch auch die Argumente der Befürworter sind gegensätzlich und widersprüchlich. Fazit: Diese Initiative ist so konfus, dass man ihr schlicht nicht zustimmen kann. Und wir brauchen dringend eine fundierte Diskussion zum Service public - in den verschiedensten Bereichen. Die technische Entwicklung macht viele staatlichen Leistungen überflüssig und ermöglicht gleichzeitig Wettbewerb und Innovation. Dies müssten wir Politiker vermehrt beherzigen - statt Heimatschutz und Bemutterungspolitik zu betreiben.

Jacqueline Badran

Wie schön, dass wir für einmal gleicher Meinung sind, werter Herr Rutz. Ja, die Initiative ist vermutlich gut gemeint, aber total konfus und handwerklich miserabel gemacht. Sie erreicht das Gegenteil von dem Beabsichtigten. Wird sie angenommen, gibt es keine einzige Poststelle und keine einzige saubere SBB-Toilette zusätzlich, im Gegenteil. Das Verbot von Quersubventionierungen wird die öffentlichen Dienste mehr als schwächen. Zum Beispiel kann die Postfinance den unrentablen Hauslieferdienst der Post in den Randregionen nicht mehr querfinanzieren. Das kann doch niemand wollen.

Gregor Rutz

Immerhin sind wir uns nicht nur über die wirre Formulierung der Initiative einig, sondern auch darüber, dass sie letztlich einen Ausbau des Service public anstrebt. Dies muss man all jenen sagen, welche meinen, ein Ja zur Initiative führe primär zur Senkung der Chefgehälter, während das eigentliche

Debattierer



Jacqueline Badran, 53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

Tätigkeitsfeld der betroffenen Bundesbetriebe eingeschränkt würde. Noch einmal: Wir brauchen dringend eine kritische Diskussion zum Service public. Telekommunikation, Postdienstleistungen, Rundfunk - all diese Bereiche sind einem enormen und raschen technischen Wandel unterworfen, der viele Staatstätigkeiten überflüssig macht. Wir müssen für die Kunden und Konsumenten denken und nicht Heimatschutz betreiben. Mehr Wettbewerb führt zu besserer Qualität von Produkten und Dienstleistungen sowie zu tieferen Preisen. Dieser Diskussion sollte sich auch die SP stellen.

Jacqueline Badran

Und schon ist es vorbei mit der Einigkeit. Die Initiative führt zum Gegenteil von dem, was sie will. Sie führt zu einem Abbau und einer Verteuerung des Service public. Wenn die SBB-Immobilien nicht mehr 300 Millionen Franken jährlich für den Ausbau des Schienennetzes abliefern dürfen, werden unweigerlich die Billettpreise steigen. Dasselbe gilt für die Päckli- und Brieftarife, wenn die Postfinance nicht mehr quersubventionieren darf. Das macht diese Initiative zu einem Unding. Ganz uneinig sind wir bei ihren Privatisierungsgelüsten. Wir haben damals an der HSG gelernt, dass private Monopole und private Oligopole, wo wenige Anbieter einen Markt beherrschen, die schädlichsten Wirtschaftsformen sind. Grundgüter gehören darum ins Volkseigentum. Das sieht übrigens Ihre wie unsere Basis genau gleich.

Gregor Rutz

Es geht hier weder um «Privatisierungsgelüste» noch um Grundgüter, welche ins Volkseigentum gehören. Es geht schlicht um die Fragen des technologischen Wandels und der Notwendigkeit staatlichen Wirkens. Ist es im Sinne des Erfinders, dass die Post Raclette-Öfeli, Staubsauger und Kinderspielzeug verkauft? Ist es wettbewerbsverzerrend, wenn sich die Post im Versandhandel engagiert, die entsprechenden Bestellungen - im Gegensatz zu privaten Unternehmen -

dann aber portofrei zustellt? Ist es nicht fragwürdig, dass die Swisscom in allen Tätigkeitsfeldern Marktanteile von weit über 50 Prozent hat und sich auf diese Weise private Anbieter vom Leibe hält? Wie viel Wettbewerb haben wir noch, wenn sich Swisscom und SRG mit Ringier zusammenschliessen, um eine gemeinsame Werbevermarktung zu betreiben? Hier geht es am Schluss nicht mehr um die Frage des Service public, sondern vielmehr um Wettbewerbsverzerrung und um Planwirtschaft. Und damit müssen wir nun echt aufhören - das ist von vorgestern.

Jacqueline Badran

Einverstanden, der technologische Wandel hat grossen Einfluss. Genau deshalb müssen wir unseren öffentlichen Dienstleistern Spielraum geben, damit sie ihren Grundauftrag erfüllen können. Es ist ja nicht so, dass diese nicht im Wettbewerb stünden. Man mag sich über Kinderspielzeug in Poststellen aufregen. Betriebswirtschaftlich gesehen nutzt die Post einfach ihre teuren Flächen besser aus und versucht so, den massiven Mengenrückgang bei Briefen und Paketen sowie beim Zahlungsverkehr am Schalter zu kompensieren. Und für allfällige Wettbewerbsverzerrungen haben wir schliesslich den Preisüberwacher. Nein, die Initianten von «Pro Service public» würden sich besser den echten Problemen und der Abzockerei zuwenden. Zum Beispiel den Machenschaften des Finanzkapitals, das private Monopole wie die Cablecom mit Fremdkapital gekauft hat, um dann den Kredit in der Bilanz der gekauften Firma zu parkieren und zwei Jahre später mit Milliarden Gewinnen weiterzuverkaufen. Kein Risiko, keine Leistung, und den Kaufpreis bezahlen die eingeschlossenen Kunden. Was für ein Irrsinn! Die Initiative löst kein einziges Problem, sondern schafft neue Probleme und zerstört unser austariertes System. Und bei allem Herummäkeln am Service public: Wir haben den besten der Welt. Darum ist die Initiative ohne Wenn und Aber abzulehnen.



Nachgefragt bei

Felix E. Müller

Die Sozialdemokraten haben eine härtere Opposition angekündigt. Was ist davon zu halten?

Die Ankündigung von Parteipräsident Christian Levrat, künftig einen harten Oppositionskurs zu fahren, ist wohl mehr Mutmacher für die eigenen Mitglieder als eine Kampfansage an den politischen Gegner. Dass er den neuen Kurs mit einem Referendum gegen gelockerte Ladenöffnungszeiten illustriert, setzt bei niemandem Angstschweiss frei. Wann hat sich denn die SP jemals für solche Vorlagen ausgesprochen? Und mit der Feststellung, man werde in gleicher Weise die Unternehmenssteuerreform bekämpfen, droht sich Levrat in eine Falle zu begeben. Schnüren die Bürgerlichen ein schlaues Paket als bisher angedacht, dürfte die SP eine folgenreiche Niederlage erleiden.

Levrats verbale Kraftmeierei kaschiert die Ratlosigkeit, die sich zunehmend - nicht nur in der Schweiz - in der Sozialdemokratie breitmacht. Denn Opposition um der Opposition willen ist kein Programm für einen politischen Wiederaufschwung. Dieser müsste mit der Frage beginnen, wo denn heute den Wählerinnen und Wählern der Schuh drückt. Man käme auf Themen wie Migration, EU-Skepsis, Zukunft der Sozialwerke, Angst vor Arbeitsplatzverlust, stagnierende Einkommen, man käme auf den Befund, dass ein Backlash gegen die Globalisierung das Bedürfnis nach Heimat stärkt. Man käme folglich auf viele Themen, um welche die SP verlegen einen Bogen schlägt, weil sie zur innerparteilichen Tabuzone zählen. Und wo Levrat und Co. Lösungen vorschlagen, handelt es sich meist um einen weiteren Ausbau der Sozialwerke, um mehr Umverteilung und höhere Steuern. Der Glaube, dass sich mit diesen Rezepten die Zukunft bewältigen lasse, schwindet aber in der Wählerschaft ganz offensichtlich.

Auch wenn die SP in nächster Zeit ein paar Referenden mehr organisiert, wird dies keine Trendwende bringen. Denn es lässt sich damit nicht von der Tatsache ablenken, dass die Partei programmatisch ausgelagert ist und einen fundamentalen inhaltlichen Neustart braucht.

Felix E. Müller ist Chefredaktor der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Wie viel Stöckelschuh verträgt der Feminismus?



Nicole Althaus

So unbeweglich und absturzgefährdet wie in der Debatte um High Heels sind Frauen selbst in den hochhackigsten Schuhen nicht: Das hat in den letzten Wochen der weltweite Wirbel um die 27-jährige Engländerin Nicola Thorp gezeigt. Nachdem die Temporärangestellte von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers nach Hause geschickt worden war, weil sie keine Stöckelschuhe tragen wollte, lancierte sie eine Petition gegen den Zwang zum Absatz und sammelte innert weniger Tage über 100 000 Unterschriften.

Auf Facebook teilten Frauen das Martyrium ihrer Füße, posteten das Folterwerkzeug neben blutenden Zehen und deformierten Füßen. Im «New Yorker» rief eine Autorin zur Revolution auf: «Oh Frauen, einst haben wir unsere Büstenhalter verbrannt, ist es nicht Zeit, die Schuhe zu vernichten, die unsere Füße verstümmeln?» Im «Independent» verteidigte hingegen eine Kolumnistin den weiblichen Dresscode und bezeichnete die Uniform aus Bleistiftrock, Lippenstift und High Heel als brillante Rüstung im Kampf gegen die gläserne Decke. Derweil

Katie Hopkins im «Telegraph» zeigte, dass die Fallhöhe auch ohne Stiletto beträchtlich sein kann: «Feminazis finden immer einen Grund zu jammern auf ihrer Vagenda».

Seit Frauen öffentlich über die Konstruktion von Weiblichkeit mittels Kleidung nachdenken, streiten sie darüber, ob der Absatz das Symbol der Sexualisierung oder aber das Werkzeug der Emanzipation sei. Gerade so, als ob es nur zwei Kategorien von Frauen gäbe. Solche, die hohe Hacken tragen, um Männern auf Augenhöhe zu begegnen, und solche, die sie verweigern, um Männern nicht als Augenweide zu dienen. In der Regel schaut die zweite Gruppe immer ein bisschen auf die erste herab. Sie redet von Masochismus, von Einschränkung der Bewegungsfreiheit, ja gar von Verrat an der Sache der Frau. Worauf erstere lasziv mit den Hüften wippen und die Absatzlosen als lustfeindliche Emanzen beschimpfen, die sexy nicht von Sexismus unterscheiden können. In der Regel mache ich auf dem Absatz kehrt, sobald dieser zum Gesprächsthema wird. Ich will nämlich vorwärtskommen. Und ich bin überzeugt davon, dass das emanzipatorische Tempo weniger vom Schuhwerk als von der Beweglichkeit im Kopf abhängt.

Deshalb kann ich nur den Kopf schütteln, wenn aufgeklärte Frauen die Schauspielerin Julia Roberts zur feministischen Befreiungskämpferin stilisieren, nur weil sie vor zehn Tagen in Cannes aus Protest barfuss über den roten Teppich schritt. Ohne Absätze keine Unterdrückung? Diese Gleichung ist mir etwas zu simpel. Sie erinnert mich an den



Kleidung verliert ihre repressive Symbolik nicht unbedingt, indem sich Menschen ihr verweigern.

anderen textilen Diskurs, der ebenfalls regelmässig für Zündstoff sorgt: jener ums Kopftuch. Zwar ist der Hijab anders als der Stöckelschuh erschaffen worden, um weibliche Attribute zu verstecken, statt zu betonen, doch paradoxerweise führt er zum gleichen Argumentationsmuster. Auch beim Kopftuch streitet man um die feministische Deutungshoheit über das Textil. Ist es ein Symbol patriarchaler Kontrolle? Oder kann Frau es selbstbewusst zurückerobern?

In beiden Debatten geht vergessen, dass auch ein Verbot eine Kleidervorschrift ist und damit nichts anderes als eine Bevormundung, die das Gegenteil von dem bezweckt, was sie zu wollen vorgibt. Kleidung verliert ihre repressive Symbolik nicht unbedingt, indem sich Menschen ihr verweigern, sondern eher indem sie sie in eine neue Funktion überführen. Der Büstenhalter etwa, das geht gern vergessen, wurde von den Urgrossmüttern der Frauen, die ihn als Symbol der Unterdrückung verdammt, gefeiert. Schliesslich hat er sie vom Korsett befreit. Heute ist ein BH einfach ein BH. Ein Kleidungsstück entfaltet seine Wirkung nie unabhängig von der Person, die es trägt, und vom Kontext, in dem es getragen wird.

Für den Dresscode im Büro heisst das: Das Problem ist nicht der High Heel, der die Frau sexualisiert. Das Problem ist, dass der Zwang zu hohen Absätzen Sex-appeal als Bedingung für weibliche Professionalität statuiert.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zum Wirbel um die Teilnahme eines protestantischen Pfarrers bei der Einsegnung der Neat.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.